

Gübecke r Volksbote.

Organ für die Interessen der werthältigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Gübecker Volksboter“ erscheint täglich zwecks außer an Sonn- und Festtagen und am Datum

Die Ausgabengebühr beträgt für die viergeschossige Zeitung über deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Unterrate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 32.

Dienstag den 7. Februar 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Übereckster Volksboter“.

Berlin, den 4. Februar 1899

Der Reichstag setzte heute die Berathung des Postzolls fort, kam aber dabei nicht über den Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ hinaus. Die große Rede des Staatssekretärs am Freitag, in welcher er das von ihm gut geheime Maßregelungssystem auch vor dem Parlament zu rechtfertigen versucht hatte, mußte ja an eingehender Diskussion den Aufschluß geben. Als Sieger ist nun gestern der Husarenpostmeister aus dem Kampfe nicht hervorgegangen. Mit Ausnahme der Junkerstypie erstand ihm im ganzen Hause kein einziger Vertheidiger in der Kardinalfrage, ob einem Beamten die nicht agitatorisch behältige Gesinnung erlaubt sein soll oder nicht, selbst wenn diese Gesinnung sozialdemokratisch ist. Der Staatssekretär wurde von allen Parteien in's Unrecht gesetzt, ausgenommen natürlich die Parteien der Herren v. Kardorff, Graf Klinsowström und v. Stauby, denen sich, wenn auch etwas schüchtern, Herr Bassemann von der national-liberalen Partei hinzugesellte. Nachdem die Debatte schon ziemlich weit vorgeschritten war, nahm erst Herr v. Lieber für die stärkste und augenblicklich maßgebendste Partei, das Centrum, das Wort. Er sprach sich in dieser grundlegenden Frage etwas forschter aus, als man von sonstigen Thaten dieser Herren erwarten konnte. Wenn bei uns die Gesinnungsfreiheit der Beamten so groß wäre, wie sie Herr Lieber freigestellt wissen will, wären wir schon ein gut Stück weiter und Deutschland brauchte nicht auf die Vereinigung als Kultursland ganz zu verzichten. Zwischen den Abgeordneten Klinsowström, Kardorff und Stauby und unserm Genossen Bebel kam es zu einem recht lebhaften Scharnis. Graf Klinsowström leidet nicht an einer Übermacht von Intelligenz, dafür besitzt er die edle Dreistigkeit in ganz respektablen Quantitäten. Trocken spielt er sich im Reichstage immer als „Berschmetterer“ der Sozialdemokratie auf. Gen. Bebel wäre es ein Leichtes gewesen, den Herrn Grafen abzuführen, wenn er auch nicht so gut aufgelegt gewesen wäre wie gerade heute. Die Rede bot den Zuhörern einen ganz außergewöhnlichen Genuß und die zahlreich erschienenen Postbeamten auf der Tribüne mögen ihm innerlich zugewandt haben. Auch dem hohen Chef dieser Beamten lagte Genosse Bebel offensichtlich Bescheid. Der Staatssekretär lourte einem vorzeitig Leid thun. Er wurde offensichtlich gar arg von Podagra geplagt und trocken mußte er immer und immer wieder zu seiner Vertheidigung auf den Blau. Aber nach seine Rechtfertigungsversuche waren sehr — gichtbrüchig.

24. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Um Bundesstaatlichkeit: von Podbielski, Freiherr von Thielmann.

Zunächst erfolgt der Bericht der Geschäftsordnungskommission über den Antrag Abg. Stöber (SD) u. Gen. auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Schmidt. Aschersleben wegen angeblicher Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Mitgliedes des Königlichen Hauses. Berichterstatter ist der

Mooren (Ctr.). Nach kurzen Ratschlägen über die Kommissionsverhandlungen erklärt er, daß die Genehmigung in diesem Falle nur so dringender geboten erscheint, als hier die Verurtheilung eines angeblich nicht Schuldigen in Frage steht, für dessen demnächstige Freispruch in der Revision ein Untersuchungsverfahren gegen Schmidt von maßgebendem Einfluß sein muß. Die Kommission hat daher einstimmig beschlossen, den Reichstag zu ersuchen, die Genehmigung zu ertheilen.

Der Antrag der Kommission wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die zweite Staatsberathung, die beim Etat der Reichspost- und Telegraphen-Berathung fortgesetzt wird.

Mit zur Berathung steht ein Antrag Bassemanns und Genossen:

Der Reichstag wolle die Erwartung aussprechen, daß gegenüber an sich berechtigten Gehaltsnachforderungen der Postbeamten von der Reichsverwaltung die Einrede der Verjährung nicht gestellt gemacht werde.

Beim Titel Staatssekretär bemerkte Bassemann (NL): Ich stimme mit dem Herrn Staatssekretär vollständig darin überein, daß Sozialdemokraten, die sich doch offen für Republikaner ausgeben, in der Postverwaltung nicht geduldet werden. Über es ist prinzipiell unzulässig, daß man die Privatschule der Beamten kontrolliert; dadurch wird der Spionage und Denazierung Thor und Thor gefestigt. Mit dem Kirchenbesuch sind wir einverstanden. Die Beschäftigung der Frauen im Postdienst begrüßen wir freudig. Was die Berufung auf die Verjährung der Gehaltsansprüche anbelangt, so wäre es nicht nobel, wenn die Reichsregierung davon Gebrauch machen würde.

Müller-Sagan (Abg. Wolsey) beantragt, der Reichstag wolle bezeichnen: 1) zu erklären, daß Disziplinarmaßregeln gegen Postunterbeamte wegen Abonnements des deutschen Postboten oder Interesses in dieser Wochenzeit ungerechtfertigt sind; 2) den Herren Reichsanzler zu ersuchen, jede Verkürzung der Postbeamten bezüglich ihrer außerordentlichen Leistung zu untersagen. Bedeutung geht sodann auf den Saalfelder Fall an. Die deutsche Postzeitung führte, als sie sich im Allgemeinen über die Sonntagsausgabe austieß, u. s. w. daß der Dienststundenplan im Saalfeld seinen Sonntag freigehalten hätte und die betreute Beschwerde erfolglos geblieben war. Die beiden Beamten, die diesen Fall der Postzeitung eingefordert hatten, wurden wegen Vertrauensbruch entlassen! Der Herr Staatssekretär hat gestern den Redakteur des Postboten öffentlich losgelöst, aber sehr mit Unrecht; er hat durch die fünfjährige Zeitung des Postboten bewiesen, daß er wirklich die Interessen der Unterbeamten vertritt. Beide Fälle die Behältnis gegen den Postboten? Ein Postbeamter ist sogar deshalb vernommen worden, weil er seine Meinung im deutschen Postboten angezeigt hat! Heiterkeit! Diese Auszeuge hatte der Postbote aus einer anderen Zeitung übernommen. Ich befürchte sehr, daß dies System der Unterbeamten jeder neuen Meinungsäußerung der Unterbeamten bei der Postverwaltung berichtet. Das ist keine Postwirtheit mehr, das ist eine Postschwäche! (Bravo! links.)

Graf von Klinsowström (b): Dem Antrag Bassemann stimmen wir zu; der Antrag Müller-Sagan würde aber die Disziplin der Postbeamten untergraben! Redner wendet sich dann gegen die gestrigene Angriffe des Abg. Singer. Singer wurde von der Entfernung des Braunschweiger Disziplinarhofes betr. des Posthofes Wolf geprangen und angeklagt, daß Vereinigung eingeleget sei. Die Sache ist prinzipiell längst entschieden. Die Entscheidung eines Oberverwaltungsgerichtes vom 29. Juni 1897 lautet: Ein Beamter zeigt sich seiner Stellung unwürdig, wenn er die Verstrebungen der Sozialdemokratie bewußt unterstützt; und: nicht minder hat der Angeklagte seine Pflicht als Beamter dadurch verletzt, daß er dem Abgeordneten Schröder nach Schluss der Versammlung die Hand reichte. (Hört, hört! links.) Also, meine Herren zu den Sozialdemokraten: Jeder Beamte, der sich mit Ihnen einläßt, wird meinredig! (Oho! links.) Er verlegt den Eid der Leine, den er St. Michael dem Kaiser und König geleistet hat. Meiden Sie also, so viel Sie wollen! (Rufe bei den SD: Gewiss, wir werden Sie nicht fragen!) Feiern Sie Ihre Niederlagen im Vorwärts! als Siege. Die verbündeten Regierungen werden Ihnen energisch und zielbewußt gegenübertreten. (Bravo! rechts.)

Krämer (NL) verliest einige Artikel des Postboten und ist der Ansicht, daß die Behauptungen, die da aufgestellt werden, zu weit gehen.

Staatssekretär v. Podbielski: Zu allen Artikel des „Deutschen Postboten“ befinden sich verdeckte Angriffe gegen die Verwaltung. Ich komme nun zum Saalfelder Fall, den der Abg. Müller wieder erwähnt hat. Ich würde schwere Bußstrafe verdienen, wenn die Sache so liegen würde, wie sie Abg. Müller darstellt hat. Jeder Postbeamte unterschreibt bei seinem Eintritt in den Postdienst ein Brattoß, in dem er sich verpflichtet, ohne Erlaubnis der Vorgesetzten keinen der Dienststellen usw. zu veröffentlichen. Der Beamte hätte die Veröffentlichung seines Dienststundenplans vorher melden müssen. Herr Müller hat gesagt, ich hätte den Redakteur des Postboten mit Unrecht öffentlich losgelöst. Dieser Herr Hubrich ist einer der schlausten Agitatoren. Ich kann Ihnen viele Versammlungen nennen, in denen er weit tollere Reden gehalten hat als die Sozialdemokraten. Ich habe nichts gegen freie Meinungsäußerung; aber das könnte ich nicht tun. Ich gebe zu, daß manchmal über das Maß hinausgeschritten wird; ja, da werde ich schon dastehen, daß wieder Alles in's rechte Geleise kommt. Ich bitte Sie, den Antrag nicht abzulehnen; er würde nicht zum Segen, sondern zum Unheil gereichen.

Stöder (wildkons.): Ich halte es ganz berechtigt, daß man Sozialdemokraten im Postdienst nicht duldet. Wenn Sie, was ja bereits zum Theil geschehen ist, den nationalen Staat und die Monarchie offen anerkennen, dann ist es etwas ganz Anderes. — Herr v. Podbielski hat gesagt, er wolle keine Märtyrer schaffen. In den Februarerlassen sagte der Kaiser, die Arbeiter sollten sich Vertreter schaffen, die ihr Vertreten haben, und die Staatsbetriebe sollten Musterbetriebe werden. — Nach der hier geführten Diskussion werden sich die Postbeamten sagen: Die Sozialdemokraten führen unsere Sache. (Sehr richtig!) Man weiß der verfolgten Zeitung vor, daß sie in der Sprache so scharf ist. Das geschieht doch über mir in der Vertretung der materiellen Interessen des Beamten. — Mit der Beschäftigung der Frauen im Postdienst bin ich sehr einverstanden. Was die Sonntagsruhe betrifft, so bin ich für den Wegfall der Schalterstunden von 5—6 Uhr; die Zeit von 12 bis 1 Uhr wäre noch vorzuziehen. Auch würde ich die Einführung eines Zuschlages am Sonntag, wie er in England existiert, freudig begrüßen. Damit die Juden an ihrem Sabbath nicht belästigt werden, überlässt man die christlichen Beamten. Das ist für mein Geschäft ein empfehlender Zustand. (Ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Podbielski verweist den Abg. Stöder auf die Antwort, die er dem Abg. Lingens gegeben hat. Sonntags wird in der Regel nur von 12—2 Uhr Dienst sein. Zuschläge am Sonntag lehne ich prinzipiell ab, weil sie nur eine Begünstigung der Reichstag sind.

Lieber (Centr.): Am besten ist es, wenn sich der Beamte jeder politischen Agitation enthält. Die Gesinnung des Beamten darf aber nicht verschwiegen werden. Wo kämen wir denn hin, wenn wir eine solche Gesinnungsschere Platz greifen ließen? Ich kenne den Herrn Staatssekretär schon aus der Zeit seiner geschäftlichen Mitgliedschaft in diesem Hause und weiß, daß er nicht der Wanzen ist, für den ihn manch Anderer halten mag. (Heiterkeit.) Ich weiß, daß er von einem hohen Streben für Gerechtigkeit beseelt ist, und eben deshalb möchte ich von ihm verlangen, daß er sich um die Gesinnung seiner Beamten, soweit sie nicht agitatorisch behältig ist, gar nicht kümmert. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Füllt den Antrag Müller können wir nicht stimmen; denn er handelt von Einschaltung in die disziplinaren Befugnisse, die uns gar nicht zusteht. Wenn man den zweiten Theil des Müller'schen Antrages

liest, der sich mit der Privatschule der Beamten beschäftigt, so mag's leidlich scheinen. Denkt man aber j. B. an die Mohrsche „Freiheit“, so wird der Antrag schon bedenklicher. Wir behalten uns unsere Stellung dazu noch vor. Was den Einwand der Verjährung betrifft, so sind wir mit Herrn Bassemann einverstanden: Wir wollen die Disziplin gewahrt sehen, wünschen aber auch den Beamten ihre menschlichen und staatsbürglerlichen Rechte erhalten zu sehen. (Beifall im Centrum und links.)

Wobbel (Soz.): Der Herr Abg. Graf von Klinsowström scheint den Ehrengut zu haben, sich zu einem Herrn St. Georg gegen den Drachen Sozialdemokratie auszubilden zu wollen. Wir werden aber über sie hinweggehen, wie ein Zugzug über einen Strohalm. (Heiterkeit.) Es ist leider wahr, daß Sie Stein an Zahl, aber gross an Einfluss sind. Das deutsche Bürgerthum hat es nicht verstanden, mit diesem Bürgerthum auszuräumen. (Sehr richtig! links.) Aber wir wollen das, was das Bürgerthum nicht erreicht hat, zur Vollendung bringen. Laste, was es wolle! (Beifall b. b. Soz.) Die Stellung der Sozialdemokratie der heutigen Gesellschaft gegenüber ist genau dieselbe, wie die, welche die ersten Jahrhunderte der römischen Gesellschaft gegenüber eingenommen haben. Wie die römische Gesellschaft am Christenthum zu Grunde ging, so wird auch die bürgerliche Gesellschaft an der Sozialdemokratie zerstören. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Laste man es einem Beamten als Amtsoberhaupt unrechtmäßig, wenn dieser einem Sozialdemokraten bei einer geselligen Gelegenheit die Hand reicht, das ist ein starkes Stich. Dadurch erreicht man nur das Gegenteil von dem, was man beabsichtigt. Wenn man im Ausland erfahren wird, was gestern und heut hier verhandelt wurde, so wird wohl Niemand begreifen, daß das starke deutsche Reich über die unbedeutendsten Dinge so nervös werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie man in unserer ganzen Politik daran ausgeht, das Militär dem Bürgerthum als etwas ganz Besonderes gegenüber zu stellen, so verläuft man jetzt dasselbe mit dem Beamtenthum und möchte eine Art chinesisches Mandarinentum begründen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In England, Belgien, Holland, Frankreich und der Schweiz hält es Niemand für staatsgefährlich, wenn Beamte zur Wahrung ihrer Interessen eine besondere Presse herausgeben. Hat denn der Abgeordnete Singer in der Vertreibung der Klagen der Beamten Gleichheit im Postdienst gehörbert oder verlangt, daß der Chef der Verwaltung von den Beamten gewählt würde — kurz, irgend etwas gefordert, was Sie bei Ihren engen Begriffen von der Sozialdemokratie für sozialdemokratisch halten? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.) Große Unruhe rechts.) Er verlangt nur staatsbürglerliche Rechte für die Postbeamten. Wenn die bescheidenen Forderungen der Beamten als sozialdemokratisch verschrien werden, dann sagen sich die Leute: gut, dann sind wir eben Sozialdemokraten! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und auf der Tribüne.) Aber wir leben ja, möchte ich fast sagen, von den Fesseln und Tummelheiten unserer Gegner. (Stürmische Heiterkeit, Beifall links.) Als bürgerliche Ehrenhaftigkeit und Klugheit nehmen wir es mit Jedem von Ihnen auf. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Graf Klinsowström hat sich gefreut, daß „die Zeit der Schwäche“ gegen die Sozialdemokratie endlich vorüber ist. Wenn die Vergangenheit „Zeit der Schwäche“ war, dann möchte ich wissen, was die „Stärke“ ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie stellen Sie sich eigentlich das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Beamten vor? Glauben Sie, wir verbreiten Propagandaschriften unter den Beamten oder wir kommen in geheimen Konventielen mit ihnen zusammen, wo sie uns dann das Material geben, das wir hier vortragen? Das ist ein Irrthum. Nicht wir gehen zu den Beamten, sondern die Beamten kommen zu uns. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf rechts: Um so schlimmer! Weil sie der Überzeugung sind, daß wir uns in ganz besonderem Maße der Angelegenheiten besonders der Unterbeamten annehmen. Auf diese Weise kommen wir zu unserem Material. Den „Postboten“ habe ich bis heute noch nicht gelesen, bin aber fest davon überzeugt, daß in ihm von sozialdemokratischer Gesinnung nichts zu finden ist. Nur die Nervosität der Herren da oben bringt dergleichen fertig; die sind ja aber in einem Zustande der Aufregung, sobald sie nur von Sozialdemokraten hören, daß man manchmal an ihrem gesunden Menschenverstand zweifeln möchte. (Große Unruhe rechts. Rufe: Zur Debatte.) — Nun gebe ich zu, daß sich der Staat sozialdemokratische Agitation bei den Beamten nicht gefallen zu lassen braucht. Das aber ein Beamter eine politische Gesinnung haben darf, nur sie nicht behältig, ist ein Widerspruch. Also muß das Lesen eines sozialdemokratischen Blattes oder das Wählen eines Sozialdemokraten einem Beamten erlaubt sein. Herr Dr. Lieber nicht mit dem Kopfe, hält es also auch nicht erlaubt. Auch keine sozialdemokratischen Arbeiter soll der Staat beschäftigen. Nun, die Wahlziffern aus Spandau, Wilhelmshaven, Kiel, wo große Staatswerstätten sind, beweisen, daß Sie mit all Ihren Maximen der Unterdrückung die sozialdemokratische Gesinnung nicht aus der Welt schaffen können. — Der Herr Abg. Stöder hat die naive Behauptung aufgestellt, wir wollten den Staat umstürzen! Wie oft haben wir Ihnen schon gesagt, daß wir nicht daran denken, den heutigen Staat in einer sozialdemokratischen umzuwandeln, wie man etwa ein paar Handtuhe aus- und anzieht, von einem Tage zum andern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben hundertmal gesagt, daß die kapitalistische Entwicklung mit Notwendigkeit auf die Umwandlung der heutigen in die sozialistische Gesellschaft hinarbeitet. Und daher begrüßen wir diese kapitalistische Entwicklung mit Freuden (Burz: Post! Post!) weil wir wissen, (Burz: Post! Post!) daß sie auf die Einführung (Burz: Post! Post!) einer neuen besseren (Burz: Post! Post!) Gesellschaftsordnung hinführt (Burz: Post! Post!). Sie rufen: Post! Ja, hätten Sie nicht vom Zukunftstaat gesprochen, ich wäre nicht auf ihn gekommen. Wenn Sie jetzt meine Rette ertragen müßten, so bedanken Sie sich dafür bei jenen Herren! Sie werden uns immer internationale Gesinnung vor. Über unsere Internationalität besteht doch nicht darin, daß wir alle Landesgrenzen anscheben. (Burz: Post! Post!) Auch da arbeiten Sie ja uns nur vor. Die internationale Gesinnung der Kapitalisten, (Vizepräsident Schmidt erhebt sich) die kennt keine Sondergrenzen. Das mit Beispielen zu belegen, (Vizepräsident Schmidt legt die Hand

an die Glocke) das wird jetzt wohl nicht angehen, aber jeder weiß das schlichtlich selbst. (Burk: Post! Post!) Mit Rechtmäßigkeit können Sie doch ein für alle Mal nicht weiter. (Burk: Post! Post!) Die Agrarier scheuen sich nicht, überall für ihre Interessen zu ehezen und Unzufriedenheit zu kauen; dazu haben doch wohl die gleichen Beamten auch das Recht, ungaztieden zu lassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

v. Kärtner (Rp.): Abg. Bebel hat ein sehr wahres Wort gesprochen. Er sagte: die Erfolge der Sozialdemokratie beruhen nur auf den Fehlern der Gegner. (Burk des Abg. Bebel: Sie sind der Hauptfeind! Heiterkeit.) Unsere Regierung sollte daher endlich einmal mit der unseligen Schwäche gegen die Sozialdemokratie aufhören! Die Sozialdemokratie haben es genug, sich mit den ersten Christen zu vergleichen. Das ist einfach eine Blasphemie. Das Christentum ist die Religion der Liebe, Sie sind die Religion des Hasses! (Heiterkeit links.) Das Christentum predigt Brüderlichkeit gegen Gott und die Weltmensch, die Sozialdemokratie sagt zu den jungen Männern: Du hast keine Brüder, werher gegen Gott, denn einen Gott gibt es ja nicht, noch gegen Deinen Nächsten, denn den holtst Du hassen! (Burk links: Post! Post!) Und du wollen Sie sich mit den ersten Christen vergleichen? Ich glaube, Sie leiden an der Großmannslust! (Heiterkeit.) Weil Sie da einige 50 Abgeordnete haben, glauben Sie, Sie regieren hier! Wir, die beiden konservativen Fraktionen, stellen mehr Abgeordnete (Heiterkeit), wir stellen mehr Abgeordnete (Burk links: Aber wie?) nicht mit so schlechten Mitteln wie Sie! (Große Heiterkeit.) Die Art, wie sich das Parlament der Gehaltsaufsteigerungen der Unteraußenbeamten bemächtigt hat, führt zur Demoralisation des Beamtenstaats. Gerade auf dem Lande steht man das ein. Glauben Sie denn nicht, daß wir auf dem Lande in viel größerem Grade sind? (Burk links: Nein!) Das glauben Sie nicht? (Burk links: Nein! Heiterkeit.) Das glauben Sie nicht? (Burk links: Nein! Große Heiterkeit. Redner, fassungslos.) Das glauben Sie nicht? (Burk links: Nein! Stimmlautes Gelächter.) Es ist eben ein großer Fehler, daß man die Sozialdemokratie seit dem Abgang des alten Monarchen mit Schonung behandelt hat; das Resultat ist, daß sie auf 2 Millionen Stimmen gekommen ist. Das geht nicht so weiter. Keiner Beamte, der sich zur Sozialdemokratie bekennt, muß entlassen werden. Im Zukunftstaat würden auch alle Beamten entlassen werden, die sich etwa zur Monarchie befennen wollten. Wir brauchen unabdingt wieder ein Sozialstengesetz, das selber Zeit durch einen Zusatz abgelehnt wurde. (Große Heiterkeit.) Wie die sozialdemokratische Presse versucht, dafür nur ein Beispiel: Im heutigen Reichstag-Entscheid des Vorwurfs steht es: Herr v. Boddenski war sehr schwach. Er sah auch das Bewußtsein seiner Schwäche gehabt und in diesem Bewußtsein sich etwas zu sehr gestärkt zu haben. (Ause rechts: Psalms!) So lange wir eine solche Presse besitzen, brauchen wir unabdingt ein Sozialstengesetz. (Großer Beifall rechts.)

Graf von Lindow (R.): Herr Abg. Bebel hat die Sozialdemokratie mit den ersten Christen verglichen. Nun, meine Herren, jedenfalls waren die ersten Christen beiderdeiner und nicht so laut wie Sie. (Lachen links.) Dadurch, daß Sie sich vorbringen und die Beamten vertreten wollen, schaden Sie ihnen am allermeisten. Redner verliest ein Gedicht aus dem "Wahren Tatob" unter lebhaftem Bravo der Sozialdemokratie. Der Strohalm, mit dem uns Herr Bebel vergleicht, wird sich so leicht erweisen, daß der Brüder entlassen wird. (Große Heiterkeit links. Bravo rechts.)

Staatssekretär von Bodenstedt: Herr Bebel hat mir vorgeworfen, ich sei nervös. Ich bin franz, wohl auch etwas nervös, habe mich aber für verpflichtet gehalten, mein Bestes hier zu vertreten. Gesinnungskrieger habe ich nicht getrieben und werde es nicht thun. Wenn es nach mir ginge, würden die Beamten auch nicht an den Wahlen teilnehmen. Ich habe mit der Politik nichts zu thun. Sobald ich aber einen Beamten als ungeeignet für den kaiserlichen Dienst erachte, so sehe ich mit meiner Person darüber, daß er entlassen wird. (Bravo! rechts.)

von Standy (R.): Der Herr Staatssekretär kann mit großer Beschiedigung aus diesem Saale scheben. Die Beschwerden, die laut wurden, sind wohl nur dem Bedürfnis nach Stimmenfang entsprungen.

Präsident Graf Wallerstein: Sie wollen doch nicht sagen, daß Abgeordnete dieses Hauses Stimmenfang getrieben haben?

von Standy (fortfahrend): X Gott bewahre! (Heiterkeit.) Den Antrag Dössermann nehmen wir an. Die Anträge Müller lehnen wir bedingungslos ab. Herr Müller hat zu starke Worte gebracht: Das Wort Postwirtschaft war allen angestellten Thatsachen gegenüber ganz unverchristlich. Ich appelliere an das ganze Haus, ob ich nicht Recht habe. (Beifall rechts.)

Die Diskussion wird geschlossen, der Titel Gehalt des Staatssekretärs bewilligt, ebenso die weiteren Titel bis 19 Inclusion.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag, 1 Uhr. Stat der Post- und Telegraphenverwaltung und der Reichsdruckerei.

Schluß 5½ Uhr.

Politische Verhandlungen.

Deutschland.

Der Löbtauer Bauarbeiterkrawall vor Gericht. Freitag, am späten Nachmittag wurde das Urteil verkündet. Da über das Ergebnis der Beweisaufnahme infolge der geheimen geführten Verhandlung absolut nichts bekannt wurde, herrschte bis zum letzten Augenblick allgemeine Spannung. Neugierige und am Prozeß aus diesen oder jenen Gründen interessierte kamen und gingen fortwährend, um den Augenblick der Urteilsverkündigung nicht zu verpassen, die ja nach den gesetzlichen Bestimmungen unter allen Umständen öffentlich erfolgen muß. Nach dreistündiger Berathung wurde der Wahrspruch der Geschworenen verkündet. Neun von den elf Angeklagten wurden für schuldig befunden und ihnen mildernde Umstände verzeigt. Man konnte sich also auf schwere Urteile gefaßt machen. Sofort nachdem sich die Richter zur Urteilsfassung zurückgezogen hatten, wurde auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts für eine Stunde später ein Polizeiaufgebot in das Gerichtsgebäude von der Polizeidirektion erbeten. (1.) Nach zweistündiger Berathung der Richter wurden unter beängstigender Stille der zahlreich erschienenen Zuhörer Abends 6 Uhr folgende Urteile verkündet: Bauarbeiter zwölf Jahre Zuchthaus, Bauarbeiter Schmiede 9 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Moritz 8 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Wobst 7 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Pfeifer 6 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Leiber 6 Jahre Zuchthaus, Zimmerer Geißler 4 Jahre Gefängnis, Zimmerer Hecht 4 Jahre Gefängnis. Außerdem wurde bei den ersten 6 Genannten auf je 10 Jahre Chorverlust erkannt; 2 Angeklagte wurden freigesprochen. Einige der Verurteilten, worunter sich ein 49 Jahre alter Familienvater (Wobst) mit 7 Kindern befindet, brachen nach Verkündung des Urteils in bitteres Weinen aus. Sieben der Verurteilten sind Familienväter und waren bis auf

einen bisher völlig unbekolten. Wir werden auf den Prozeß und das Urteil noch ausführlich zurückkommen. Das Urteil 58 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Gefängnis ist zu ungeheuerlich. Die Verurteilung ist bereits bereit, ihre Schatten voraus. Man bedenke, daß es sich um eine ganz gewöhnliche Schlagerie handelt, bei der Niemand ernstlich zu Schaden gekommen ist. Man vergleiche mit diesem mehr als drakonischen Urteil diejenigen, welche wegen Duellmordes gefällt wurden! Nun: „mit dem Mache ihr messet, wird man euch wieder messen“, das mag sich das Bürgerthum gesagt sein lassen.

Ein Grenzezug für die Postbeamten. In der Begründung des Entwurfes der Invalidenversicherungswelle vom 19. Januar 1899 (Nr. 93 der Drucksachen des Reichstages, 10. Legislaturperiode, 1. Session 1898/99) steht man Seite 218: „Die Nachprüfung der Zahlungsbewilligungen der Post ist entbehrlich; wenn nach den bisherigen Schlussgerüissen über die vom Rechnungsbureau des Reichsversicherungsamts nachgewiesenen Rentenzahlungen kann von einer Abweichung kaum die Rede sein. In den ersten fünf Jahren ist bei einer Summe von 141 149 163,97 Mark nur eine Abweichung von 126,20 Mark nach Gunsten der Post ermittelt worden, so daß die leichtere 126,20 Mark mehr erstattet erhalten hat, als liquidiert wurden. Die zur Nachprüfung der Zahlungen aufgewendeten Kosten für die Besoldung der zahlreichen und kostspieligen Beamtenkräfte stehen zu diesem Ergebnis in offenkundem Missverhältnis. Auch die alljährlich wiederkehrende Einzelvertheilung der Rentenzahlungen kann aufgegeben werden, denn im Ergebnis muß es dasselbe sein, wenn die von der Post liquidierte Summe statt nach Einzelbeträgen, im Verhältnisse des gesamten Kapitalwertes all dieser Einzelbeträge auf das Reich und die Versicherungsträger vertheilt wird.“ Diese öffentliche Anerkennung der genauen Arbeit unserer Post in Kosten- und Rechnungsfachen, welche zum großen Theil vor den Postbeamten neben ihrem sonstigen beschwerlichen Dienste wahrgenommen werden müssen, wird manchen Beamten erfreuen, welcher bei der Erledigung dieser Arbeiten beihilft ist. — Die Beamten aber, auf deren Schultern diese Arbeit lastet, gehörten fast ausnahmslos der Assistentenklasse an, die unter dem Stephanschen System nicht auf Rosen gebettet waren und auch jetzt noch bessergestellt zu werden verdienen, als sie es sind.

Der kommende Weltkrieg. In der Wochenschrift „Das neue Jahrhundert“ schreibt der bekannte Militärschriftsteller Karl Bleibtreu über den kommenden Krieg zwischen Russland und England. Er urtheilt, daß dieser Krieg langsam aber sicher kommt wie der Tod. Noch Erwähnung der beiderseitigen Kräfte kommt er zu dem Ergebnis: „Frankreich Russland haben kann 20 : 100 Chancen des Erfolgs und jeder Vernünftige wird auf Englands Sieg wetten.“ An diesem Ausgange würde die kleine deutsche Flotte wenig Anber, unser Handel aber könnte durch einen Sieg Englands gründlich ruinirt werden. „Der Bismarck'sche Überglauke, Russland habe mit Deutschland gar keine Differenzen, erledigt sich heute von selber durch den nahe bevorstehenden Berfall Österreichs.“ Bleibtreu empfiehlt den Deutschen Neutralität, wenigstens solange, als England die Oberhand hat. Vor einem französisch-russischen Angriffe seien wir durch die politische Weltlage gesichert. „Die neue Erhöhung der Landarmee, die man uns zumuthet, könnte daher zu keiner unpassenderen Zeit verlangt werden.“

Lex Heinze. Der Bundesrat hat wiederum einer lex Heinze zugestimmt und ist der Entwurf Sonnabend an den Reichstag gelangt. Der Entwurf gleicht demjenigen von 1892 bezüglich der Prostitution und dem Zuhälterthum. Der Paragraph, der sich gegen nackte Ausstellung anstößiger Gegenstände wendet, lehrt auch wieder, nur ein wenig anders gefaßt. Dagegen will die Regierung noch immer nichts wissen von Bestrafung der Arbeitgeber oder Dienstherren und deren Vertreter, welche unter Mißbrauch des Arbeits- oder Dienstverhältnisses ihre Arbeitnehmer zur Duldung oder Verübung unsittlicher Handlungen bestimmen.

Eine neue Rede des deutschen Kaisers. Der Kaiser hat am Freitag Abend, wie schon seit Jahren herkömmlich, dem Diner des brandenburgischen Provinzial-Landtages beigewohnt. Hierbei hielt er in Erwideration des Wahrspruches des Oberpräsidenten auch wiederum eine längere, besonders von poetischen Vergleichungen durchzogene Rede. Es gebricht uns an Raum, die Rede wörterlich wiederzugeben. Wie schämen daher nur den Herrn heraus. So führte der Kaiser, betreffend den Schuh des Baumes des deutschen Reiches Folgendes aus:

Ich kann heute nur von Neuem gesagen, Alles zu ihm, was ich vermöge. Auch die Reise zu den geheiligten Stätten wird mir behilflich sein, diesen Baum zu beschützen, zu fördern und zu pflegen, wie ein guter Gärtner die überflüssigen Zweige zurückzuschneiden, und Thiere, die die Wurzeln benagen wollen, auszizrotten. Ich hoffe dann, daß der Baum sich herrlich entwickelt. Vor ihm steht der deutsche Michel, die Hand am Schwertknauf, den Blick nach außen, um ihn zu beschirmen; sicher ist der Friede, der hinter dem Schild und unter dem Schwert des deutschen Michaels steht. Es ist ja ein herrliches Begimen, für alle Völker Frieden herbeizuführen zu wollen, aber es wird ein Fehler bei den ganzen Berechnungen gemacht: so lange in der Menschheit unerlöste Sünde herrscht, so lange wird es Krieg hab, Feind und Feindreichtum geben und so lange wird der Mensch versuchen, andere zu übervortheilen. Was aber unter Menschen, das ist auch unter den Völkern Gesetz. Deswegen wollen wir trachten, daß wir Germanen wenigstens zusammenhalten wie ein

solcher Völk. An diesem roheren der bronzen des deutschen Volkes soll sich draußen weit über dem Meer und bei uns zu Hause in Europa jede den Frieden bedrohende Welle brechen!

Die Rede wird übrigens im nächsten Theil des „Reichsang.“ veröffentlicht mit der Einleitung, daß der Kaiser dem „Wolfschen Baron“ zufolge „nachstehenden Wahrspruch“ ausgebracht habe. In den Blättern befinden sich bereits zahlreiche Kommentare. Besonders wird der Absatz, der sich mit der Abstimmungsfrage, dem Friedensmanifest des Zaren beschäftigt, erörtert. Man folgt aus der Rede, daß die Abstimmungskonferenz damit ein schiefes Projekt aufgestellt ist.

Unpolitische Kriegervereine? Jetzt werden die Kriegervereine auch schon für Stadtverordnetenwahl mobil gemacht und die Nichtbeteiligung an solchen wird mit Ausschluß bedroht. In einem Rundschreiben des Vorstandes des Niederlausitzer Bezirk des deutschen Kriegerverbands wird gegen die Sozialdemokratie und deren Absicht, sich häufig an den Gemeindewahlvertretungswahlen in Rottbusch beteiligen zu wollen, entschieden Front gemacht und als Kandidat der Kriegervereine aufgestellt. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Wir geben uns daher der Sicherer Gewortung hin, daß jedes Kamerad eingedacht sei in der Zugangszeit zu einem Kriegerverein liegenden Pflicht, sein Wahlrecht ausüben wird. Die Nichtbeteiligung würde eine indirekte Stärkung der Antipolitisch des sozialdemokratischen Kandidaten bedeuten. Hierzu bemerken wir, daß sowohl bei der Polizeiverwaltung wie bei dem Königl. Bezirksamt und dem Bezirksteil der Mitglieder sämtlicher Vereine liegen, welche der eine Kontrolle darüber geführt werden kann, welcher Kamerad sein Wahlrecht ausübt und welcher nicht. Soweit noch andere Merkmale vorliegen kann aus einer Nichtbeteiligung sehr wohl gefolgt werden, daß die fernabliegenden Kameraden nicht an dem Boden der Kriegervereinszählungen stehen und folglich in unsere Reihen nicht gehören.“

Auso schon die Nichtbeteiligung an der Wahl soll einen Veteranen von 1864, 1866 und 1870-71 unverdigt machen, einem Kriegerverein anzugehören. Wenn eine derartige Regelung seiner Meinungswert und seines Staatsbürgerschaft gesunken läßt, der verdient allerdings nichts Besseres. Und wie soll sich dieses Verfahren der Kriegervereine erst mit dem Grundgesetz ihres Status, daß sie sich der Politik fern zu halten haben, vertragen? Weshalb nicht kein Staatsanwalt zu? Arbeitervereine dürfen sich so etwas nicht erlauben; dem Staatsanwalt hätte sie gleich beim Fragen.

Die Furcht vor dem todtenden Bismarck. Dieser Tag wurde in den Blättern mitgetheilt, daß einem Berliner Bankier, der aus dem Nachklasse der Feldmarschalls von Mantua stammte, eine Reihe von Bismarckbriefen entstanden hatte, vom Hofmarschallamt auf die Frage, ob er sie einem Bismarck-Historiker zur Verwendung überlassen dürfe, eine abschlägige, mit geschäftlichen Nachtheilen im Falle des Zuwiderhandelns drohende Antwort ertheilt worden sei. Wieder „Braunschw. Landesztg.“ von einem Freunde, der Erklärungen an einer wichtigen Stelle eingezogen, mitgetheilt wird, ist die Geschichte höchstwahr. Der befehlte „Historiker“ war Horst von Höh. — Welche Angst muß man im Hofmarschallamt vor den staatsgefährlichen Enthüllungen Bismarcks haben!

Die Wahlpunktionskommission des Reichstags setzte Freitag Abend ihre Arbeiten fort und erklärte folgende Wahlen für gültig: des Abg. Dr. Endemann (2. Kassel), Dr. Höffel (11. Elsass-Lothringen) und Venzenmann (3. Arnsberg). Die Beschlusssfassung über die Wahl des Abg. Stöcker (1. Arnsberg) wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt, weil noch über einige Punkte Klarheit zu schaffen ist. Die Wahl des Abg. Förster (2. Sachsen) wurde beanstandet; auch wurde Beweiserhebung beschlossen.

Die verflossene Anti-Anarchistenkonferenz macht noch einmal von sich reden. Die römische „Unita Cattolica“ hält es für nothwendig, zu konstatiren, daß diese Konferenz nicht wieder zusammen treten werde. Kein aufmerksamer Beobachter des verunglückten Experiments hat einen Wiederzusammentritt erwartet. Die „Unita Cattolica“ meint, „die betreffenden Staaten würden nur die von der Konferenz gefassten Beschlüsse prüfen und dann erklären, ob sie die Beschlüsse akzeptiren oder nicht.“ — „Der nicht!“ Und dann ist's auch noch so. Diesen Ausgang der vielgepriesenen Rettungsgroßthat der Diplomatengeneralversammlung zu Rom haben wir von Anfang an erwartet.

Die Scharfmacher an der Arbeit. Der „Minister des Geistes“, Herr Bosse, will bekanntlich unseren Parteigenossen Leo Arons nicht nach der „lex Arons“ mäßigen, sondern versuchen, ihn auf eine feine, listige Art zu sorgen. Als Worte und Reden will man versuchen, Arons den „Strick zu drehen.“ Das gefällt aber dem Berliner Oberschleißheim, vulgo „Post“, garnicht, und fordert denn Stumm's Leib- und Magenblatt ein Einschreiten auf Grund der „lex Arons“. Schon die Billigkeit gegen Prof. Delbrück erfordert ein solches Einschreiten. Die rednerische Befreiung an sozialdemokratischen Versammlungen und Parteitagen erscheine jedenfalls in ungemein höherem Maße mit einem akademischen Lehramt unvereinbar, als selbst die maßlosen Worte, in welche Prof. Delbrück seine Kritik der nordschleswigschen Ausweisungen gekleidet hat und es würde, wenn die Nachricht der „Frankf. Blg.“ sich in vollem Umfange bestätigen sollte, „die Befürchtung gerechtfertigt sein, daß Professor Delbrück und Dr. Arons mit sehr ungleichem Maße, und zwar sehr zu Gunsten der Sozialdemokratie, gemessen werden.“ — Das Mitleid der „Post“ mit Delbrück ist einfach rührend! (Die Denunziation der „Post“ scheint

bereits Erfolg gehabt zu haben. Vergl. die Amts betr. Notiz unter „*Al. polit. Nachr.*“ Med. d. L. B.)

Kleine politische Nachrichten. Die Wahl im Wohlkreise Berlinschafft, die durch den Tod des Senators Abgeordneten Diesten nötig geworden ist, findet noch am *Verf. Tagebl.* am 23. Februar statt. Die Landtagswahl ist auf den 7. März übertragen. — Ein *Disziplinarverfahren* gegen Leo Krone? Die „*R. R. Blg.*“ erfährt von „unbelehrbar zuverlässiger“ Seite, daß die Nachrichten, wonach die Absicht, gegen Dr. Krone wegen seiner Bugebrigkeit zur sozialdemokratischen Partei bis jetzt keine einzuhören, aufgegeben sei, auf freier Annahme beruhen und den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Hinsichtlich werden soll die Schriftsteller nun instellen geben. — Das „*Arme Verordnungsblatt*“ des bayerischen Kriegsministeriums veröffentlicht zwei Erlassen des Prinzenregenten vom 2. Februar, wodurch die jüngst in der preußischen Armee eingeführten Bezeichnungen „Jahnhjäger“, „Käthner“, „Venturant“, „Bretschneider u. s. w.“ die bayerische Armee eingeführt werden, bezüglich die Bezeichnungen Sanitätsfeldwebel, Sanitätsbergeant u. s. w. Die Einführung eines neuen Aufsatzes legt geweckt, steht in der That bevor. Sämtliche sonstige Gewerkschaften sind mit der Herstellung des neuen Modells so weit vorgerückt, daß schon in nächster Zeit mit der Massenfabrikation begonnen werden kann. Natürlich wird das neue Gewehr wiederum ein „Mechanikus“ sein. Elektrizität thut Gelt in einem Deutel! — Deutsche Postämter in den Missionen und im Auslande. Nach dem „Handbuch für das Deutsche Reich für 1899“ sind im östlichen Gruppegebiet außer dem Postamt in Taries, Tafrau 19 Postagenturen, im Kommandogebiet außer dem Postamt in Kamerun drei Postagenturen, im Südwestafrikanischen Gebiete außer dem Postamt in Windhoek 18 Postagenturen, im Kongogebiet außer dem Postamt in Klein-Boga 1 Postagentur, in Tanganika 5 Postagenturen und auf den Maasai-Afels 1 Postagentur vorhanden. Deutsche Postanstalten im Auslande werden 6 aufgeführt, in Konstantinopel, Tiflis, Shanghai, Tientsin, Tiflitan und Apia. Eine neue im Reichstage bevorstehende Unterstellung bereit sich, wie älterer Wörter hören, auf die seit Kurzem in den Vereinigten Staaten Nordamerikas gehandhabte Praxis, da dort aufzuvorenden Passagier, gestellt auf das Gesetz gegen die „Panzer“ Verordnet untersuchen zu lassen. — Eine Winter-Verordnung des Staates und Untergesetztes, die in Freiburg o. d. Niederrhein, beschloß, um die Aushebung bei jedem Nebenfall von Einschließungsmethoden bei der Staatsregierung zu verhindern und sich bei Neuordnungen für die Verwendung einsatzmäßiger Methoden zu erklären. — Wegen der brüderlichen Erweiterung ihres Postnetz auf die Schweiz und die Ostschweiz eröffnete der Kreis innerhalb des Aufgabebereichs und die dabei in Aussicht genommene Bildung der Privatposten haben die Aufhaber dieser Zustände an den Bundesrat und den Reichstag eine Einigung erreichet, worin sie gegen eine Ablösung nach Maßgabe des neuen Gesetzes lebhaft protestieren. Eine Reihe Handels- und Gewerksammern haben sich dieser Eingabe bereits angeschlossen. — Zu den Verhaftungen in der Berliner Spielergasse ist noch zu melden, daß der Leutnant der Reiterei im 1. Garde-Gebirgsleger-Regiment Haus v. Kröcher Sonnabend verhaftet und in die Untersuchungshaft nach Moabit überführt worden ist. — Die Berliner Stadtväter richten sich mit dem unbestätigten Oberbürgermeister auf die „Gewalt“ ein. Die Stadtsträße der Stadt der Intelligenz hatten am 1. Februar eine geheime Berathung, als deren Resultat festgestellt wird, daß die Kommunalbehörden brüderlich, dem Bürgermeister Kirschner bis zum Amtsantritt des Oberbürgermeisters für die Dauer der Vertretung des letzteren eine besondere monatliche Remuneration von 1000 Mk. zu zahlen. Sie wollen also abwarten, um zu sehen, wer es länger anhält, die Regierung oder die Stadt Berlin. — In Hamburg ist unter dem Vorsteher Bürgermeisters Dr. Berndt an die Abteilung Hamburg des Deutschen Flottenvereins gegenstand worden. Der amtliche Wahlergebnis geht wie am Schnürsen. — Die Sozialisten werden im Laufe dieser Woche, wie dem „*Weltspiegel*“ aus Lemberg gemeldet wird, in ganz Galizien Protest-Veranstaltungen gegen die Vertagung des Reichsraths und Erhaltung der Rentenversicherung durch § 14 veranstalten. — *Weltspiegel* aus Wien meldet der „*R. R. Blg.*“ gebraucht: In dem Prozeß Gregorius gegen Aschanti wurde die Aschanti freigesprochen, obwohl dieses Frauenzimmer den christlich-sozialen Führer und Reichsrath Abgeordneten Gregorius beschuldigte, auf einem Maskenball bei Wimberger unsittliche Handlungen mit ihr vorgenommen zu haben. (Die österreichischen Aufkämpfen geniert das nicht. Für sie ist Gregorius doch ein „braver Mann.“) Der deutsche Nationalheld gilt in Österreich nichts. Wie dem „*Vogts. Anzeiger*“ aus Eggenburg mitgeteilt wird, ist der Besuch des Stadtraths zu Eggenburg am 1000. Geburtstag des Bischofs-Denkmal dasselbe zu spenden, von der Bezirkshauptmannschaft finanziert worden. — Ein Streit um arme Seelen droht zwischen dem Katholisch und dem Protestant auszubrechen. In Anatolien sind 46 armenische und 19 türkische Dörfern zu Katholisch-katholischer Kirche übergetreten, was die Pfarre nicht anerkennt. Der Sultan will die Seelen wiederhaben und der Papst will sie behalten. Wie die Sache enden wird, weiß man noch nicht, aber ein Kreuzzug ist ihrerthalben nicht zu befürchten. Fatal erweist sich der Vorfall für den türkischen Strelengesetzbesitzer dadurch, daß gleichzeitig ein Aufstand in Yemen auszubrechen beginnt und alle Mittel der Worte in Anspruch nimmt. — Der Brüsseler „*Etoile Belge*“ meldet vom Cognac-Monument: Der frühere Kommandant Rothaire brachte dem menschenfresserischen Stamm der Hungars eine blutige Niederlage bei; sie verlangten Frieden zu schließen. — Die Auseinandersetzung der südafrikanischen Freistaaten macht weitere Fortschritte. In Pretoria, der Hauptstadt der Transvaal-Republik, sind Sonnabend Delegierte dieser und des Orangefreistaates zusammengetreten, um die staatlichen Einrichtungen beider Staaten in engere Übereinstimmung zu bringen. — Ein Zusammentreffen ist mit einem Kapital von 20 Millionen Dollars hat sich in New York gebildet. — Die Premierminister der australischen Staaten sind, wie aus Melbourne gemeldet wird, in dieser Stadt zu einer Konferenz zusammengetreten und sind einstimmig zu einer Lösung aller Streitfragen gelangt, welche dem Zustandekommen eines Bundes der australischen Staaten noch entgegenstanden. Die Förderung sei damit tatsächlich gesichert.

Belgien.

Brüssel. Der Justizminister Bergeron hat in der Kammer eine Novelle zum Gesetz vom 31. Mai 1888 über die bedingte Strafaussetzung und die vorzeitige Haftentlassung eingeführt. Nach der Novelle soll die Strafaussetzung durch eine gute Führung des Verurteilten je nach seiner Vergangenheit während einer Dauer von zwei bis fünf Jahren bedingt sein. Die Annahme des Entwurfs in beiden Häusern ist sicher. — Der Brüsseler Bürgermeister Buis hat seiner Befreiung treu im sozialistischen Volkshause vor einem überfüllten Saale — ein Ereignis — einen Vortrag über seine Kongoreise gehalten.

Frankreich.

Die Kammerkommission zur Untersuchung der Beihilfungen des Kassationshofes, die Freitag wieder

eine Sitzung abhielt und den Ministerpräsidenten und den Justizminister hörte, beharrt, wie behauptet wird, auf einer der beiden folgenden Lösungen, nämlich entweder Beauftragte wegen seiner Anklagen gegen gewisse richterliche Beamte gerichtlich verfolgen, oder aber diese Beamten vor das obere Gericht für richterliche Beamte zu stellen. Man sagt, daß gewisse Deputierte geneigt seien, die Frage vor die Deputiertenkammer zu bringen, wenn die Regierung nicht die Initiative ergreifen sollte. Außerdem sagt man, die Revisionskommission erhalte seit mehreren Tagen Drohbriefe gegen mehrere ihrer Mitglieder. — Die als Zeugen vernommenen Professoren Meyer, Berg und Molinier teilten dem Redakteur des „Tempo“ mit, sie hätten vor der Kriminalkammer des Kassationshofes auf Grund des Originalvordereaus auf das Entschiedenste erklärt, daß das Vordereau von der Hand Esterhazys herühre, um daß die Hypothese, es wäre durch Durchpausen erfolgt, hältlos sei.

Quasquay de Beaurepaire behauptet im „*Echo de Paris*“ nicht mehr und nicht weniger, als daß die Richter der Kriminalkammer mit ihrer Untersuchung nur eine Komödie aufgeführt hätten mit dem Hintergedanken, Dreyfus als unschuldig hinzustellen. Zu diesem Zwecke habe man die Aussage Léon Renault's verdächtigen müssen. Um dies zu erreichen, habe man versucht, einen Soldaten der republikanischen Garde, welcher Dreyfus bei seiner Degradation begleitete, zu einer falschen Aussage zu verleiten, der Soldat habe sich aber nicht bestechen lassen. Beaurepaire erklärt weiter, ein sehr vertrauliches Alterstüm der geheimen Alten, welches der Kriminalkammer mitgeteilt worden war, sei am folgenden Tage zur Kenntnis eines offiziellen Agenten des Dreibundes gelangt, ihm — Beaurepaire — sei diese Thatsache von zwei Offizieren mitgeteilt worden, welche bereit seien, dies vor Gericht zu bekräftigen.

Eine antisemitische Agitationsreise hat der durch militärischen Chauvinismus heruntergesommerte Henry Rochefort unternommen im französischen Verein mit Drumont, der niemals etwas anderes als ein reaktionärer Antisemit gewesen ist. Die Reise geht nach Algier, wo noch mit unglaublich ungenierter Rassargumentation operiert wird, als sie in Paris unwendbar sind. In Marokko, wo Rochefort Freitag ankam, begann das Vorspiel der *Spielfahrt* mit Karawallen, Verbündungen und Verhaftungen. In Algier trafen mehrere fremdländische Konsuln alle ihren möglichen Vorfahrten in folgender Weise: Die Konsuln von Spanien, England und Italien haben eine Bulle angeschlagen lassen, in welcher die Unterthanen durch ihre resp. Regierungen aufgefordert werden, sich jeder Manifestation zu enthalten, da die betreffenden Regierungen sich jedenfalls weigern würden, ihre Staatsangehörigen in dieser Angelegenheit zu schützen, wenn sie der Aufforderung nicht Folge leisteten. Die Bulle ist zuerst von dem spanischen Konsul angefangen worden, der englische und der italienische Konsul veranlaßten jedoch später den spanischen Konsul, seine persönliche Note aufzugeben und durch eine Konservativen Note drei Mächte zu ersezten. — In Mysapha wurde in einer Arbeiterversammlung beschlossen, gegen die Ankunft Rocheforts und Drumonts zu protestieren.

In Algier wurde Donnerstag der jüdische Hilfsarzt des öffentlichen Krankenhauses Zais begraben, der in der Pflege Typhuskranker selbst von der Seuche ergriffen und weggestorben ist; zum ersten Mal seit dem Beginn der antisemitischen Bewegung in Algerien sah man christliche Algerier in ziemlicher Anzahl einem jüdischen Leichenzug folgen und an einer eindrucksvollen Trauerfeier am offenen Grabe bewegt teilnehmen.

England.

Zwischen England und Belgien ist ein Konflikt ausgebrochen. Der „*Hamb. Correspondent*“ berichtet darüber: Auf Weisung des englischen Board of Trade wird schon seit Monaten jeder im Antwerpener Hafen ankommende englische Matrose sofort nach England befördert und erhält erst dort seinen Lohn, so daß er nichts mehr in Antwerpen laufen noch ausgeben kann. Als Grund wird angegeben, daß die englischen Matrosen in Antwerpen schrecklich ausgebaut würden und dem ein Ziel gesetzt werden müsse. Darüber ist man in Antwerpen sehr aufgebracht. Für den ganzen kleinen Handel ist das selbstverständlich ein sehr harter Schlag. In dem Gemeinderatthe, in den öffentlichen Versammlungen und in der Presse ist das Vorgehen Englands scharf getadelt und der englische Konsul in Antwerpen als Anführer mit Angriß überhäuft worden. Versuche der belgischen Regierung für einen Ausgleich sind in London gescheitert. Die englische Regierung hat jetzt durch ihren Gesandten in Brüssel, Sir Plumlett, erklärt, daß es bei der Maßnahme verbleibt und daß wenn die Antwerpener den Konsul Englands weiter angreifen, es als ein unfreundlicher Akt gegen die englische Regierung angesehen wird.

Rumänien.

Bauernrevolte. Budapests Blätter melden aus Rumänien den Ausbruch agrarischer Unruhen auf den Besitzungen des verstorbenen Barons Vilos Baics, des Chefs des Königs Mila, die in der Nähe von Craiova liegen und an griechische Unternehmer verpachtet sind. Rumänische Bauern wollten die Güter selbst mit Unterstützung einer Bank pachten, erhielten aber die Pacht nicht, deshalb brach die Bauernrevolte aus. Zwei Regimenter (?) wurden hingeschickt, konnten aber die Ordnung nicht herstellen und wurden sogar von den Bauern verjagt. Letztere Nachricht klingt nicht gerade

wahrscheinlich. (Neb. d. L. B.) — Nach einem weiteren Telegramm des „*Hamb. Correspondent*“ umfaßt der Bauernaustand 14 Kreise, fast die ganze ehemalige Walachia; in der Nacht zum Sonnabend wurde ein Bataillon Jäger auf den Schanzplatz des Aufstandes entsendet. „Unter den aufständischen Bauern circuitiert eine Petition, die Klage erhebt gegen den König, während die herrschenden Agrarbelastungen und der Aufstand sozialistischer Natur sind. An der Spitze der agrarsozialistischen Bewegung steht (angeblich) Johann Dobrige, Redakteur des Blattes „*Uma*“ (Nona). Die Bewegung ist dadurch so angeschwollen, daß die Liberalen im letzten Herbst unlängst der Gemeinderatswahl sich mit den Sozialisten verbündeten zum Sturz der konserватiven Kandidaten, wobei die Sozialisten den Sieg errungen. Es haben sich auch in den Provinzen über 70 agrarsozialistische Klubs gebildet; die Bauernbewegung geht auf Bodenverteilung aus.“ (Man wird weitere Nachrichten abwarten müssen, um die Revolte beurteilen zu können. Med. d. L. B.)

Gübeck und Nachbargebiete.

6. Februar.

Die Bäcker. Das Amtsblatt drückt aus Anlaß der bekannten Offiziers-Spielersaffären eine Auslassung der „*Wer. R. R.*“ ab, wonin es u. a. heißt, daß es bekannt sei, daß in bürgerlichen, zumal in kleinen Kreisen der Spielersel ebenso sein Wesen treibe (man denke nur an die Bäcker) wie unter den oberen Behnern in Offizierskreisen . . . u. s. w.“ Da, daß gerade das ehrende Städtehandwerk mit diesem Modell bestellt ist, das ist eine unvermeidliche Folge der in ihm herrschenden bürgerlichen Produktionsverhältnisse. Wie der Herr, so Geißert! Wangelz geistiger Beschäftigung vertrahlt Wacker und Geselle — leider — ihre Ruhestunden im geistlichen Kartenspiel. Was die weiteren Folgen sind, lehrt die *Zeitung für Statistik*. Was fehlt es, daß das amtliche Organ die Wartung so unbesehen absieht. Sie stimmt. Hinsichtlich veranlaßt sie den Fleißhaften Obermeister der Bäckerei nicht zu einer gehorsamen Entgegennahme.

Vom Tage. In Haftherrn geriet ein von der Staatsanwaltschaft in Flensburg verdeckt verfolgter Schuhmachergeiste, drei Weitler und drei Trunkene. — Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Schulknaben, welcher das Briefgeheimnis verletzt haben soll. — Gestohlen wurden laut jetzt erstatter Anzeige einem Schmied in vorigen Frühjahr von seiner Haushälterin Geld- und Nahrungsmittel.

Journalistische Unverschämtheit. Der hiesige Korrespondent des „*Hamburger Fremdenblatt*“ heißt die bewundernswerte Treffsicherheit, — trotz seiner journalistischen Vorstrafen — über die Tätigkeit des Arbeits-Nachweises der hiesigen Metallindustriellen unter der Stichmarke „Fürsorge für Arbeiter“ (!!!) der Firma Gustav Diedrich u. Co. in Hamburg fünf Zeilen aufzuhängen. „Wir als Civilisten!“

— Von einem schweren Unfalle ist in Königberg, wie ein Privattelegramm meldet, der erste Steuermann des Dampfers „*Uba*“ betroffen worden. Er geriet mit beiden Beinen zwischen die Drahtseile und wurde so gefährlich geschüttelt, daß das eine Bein bereits amputiert werden mußte, während man hofft, das andere noch retten zu können.

Handelsregister. Am 3. Februar 1899 ist eingetragen: auf Blatt 2100 die Firma: „Gebrüder Wasserstadt“. Ort der Niederlassung: Lübeck. Erbauer: 1. J. Chr. H. Wasserstadt, Möbelfabrikant in Lübeck, 2. J. H. C. Wasserstadt, Möbelfabrikant in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft seit dem 1. Februar 1899: auf Blatt 222 bei der Firma: „D. W. Danielson“. Emanuel gen. Emil Danielson ist gestorben. Erzige Inhaberin: Franziska geb. Solomon, des Kaufmanns Emanuel gen. Emil Danielson Wittwe; auf Blatt 2067 bei der Firma: „Herr. Heitendorf“. Die Kollektiv-Protokola des F. G. F. Bödiger und der M. C. E. Heidenreich ist erloschen. Protokol: H. G. H. Gottschall.

Germanischer Lloyd. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 16. bis 23. Januar 1899 folgende Seeschäden gemeldet worden: Totalverluste 29, davon 6 Dampfer und 23 Segelschiffe, 231 Beschädigungen, davon 144 Dampfer und 87 Segelschiffe, zusammen 260.

— **Krempeisdorf.** Eine merkwürdige Verhaftung. Am Dienstag war, wie uns aus unserem Leserkreise geschrieben wird, eine Abtheilung Soldaten unter Führung eines Leutnants auf der Krempeisdorfer Feldmark resp. auf dem Acker der Husners Sch. mit Exerzieren beschäftigt. Als nun das Kommando „Auf! Nieder!“ gegeben wurde, wiederholte der in der Nähe befindliche siebzehnjährige Sohn des Besitzers das Kommando, ohne sich irgend etwas dabei zu denken. Anders schien der Leutnant die Sache aufzufassen; denn als die Übung vorbei war, schickte er 5 Unteroffiziere und Sergeanten in das Haus des Husners und ließ dessen Sohn verhaften. Als dann wurde dieser unter starker Bedeckung zur Kasernenwache geschafft, von wo ihn ein inzwischen herbeigeholter Schutzmann zur Polizeiwache brachte. Hier entließ man ihn nach Feststellung seiner Personlichkeit. — Sache des Baters wird es sein, sich darüber Aufklärung zu verschaffen, ob wegen jener Handlung, die doch allerhöchstens als „grober Unzug“ ausgelegt werden kann, eine Verhaftung überhaupt erfolgen darf.

Rehna. Abgebrannt ist am Donnerstag Morgen kurz nach Mitternacht das Stallgebäude des Produsenhändlers Scheffler am Bischofsgange.

Hamburger Marktbericht.

	Hamburg, 3. Februar.
I. Qualität	Mt. 106.-114
II. Qualität	" 100.-105
Ferner:	
Ablaufende und ältere Ware	" 90.- 95
Schleswig-Holsteinische Butter	" 75.- 80
Württembergische Butter	" 80.- 84
Württembergische Sonnen-	" 90.- 95
Amerikanische Butter	" 75.- 80
Der Markt schlägt fest. Die Lager sind nicht geräumt.	

Sternschanz-Niehmarkt.

Hamburg, 4. Februar.

Der Schweinehandel verlief ruhig.

Hauptsächlich wurden 1020 Sttl. Preise: Verfahrschwein, schwere 50.-51 Mt., leichte 50.-52 Mt., Satten 15.-40 Mt. und Rindfleisch 48.-51 Mt. pr. 100 Pf.

Stadttheater. Um vielfach an die Direktion gerichteten Anfragen und Wünschen nachzukommen, steht sich die Reihe verantwaltet, Dienstag eine nochmalige Wiederholung von "Humperdinck's 'Königskinder'" im Abonnement hinzufügen zu lassen. Das mit so großem Beifall aufgenommene Gardou'sche Lustspiel

für den Inhalt der Interate übernommt die Redaktion dem Publikum gegenüber überhaupt keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei eventuellen Käufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Verspätet.
Auguste Bahr
Heinrich Quilitz

Berl. den 26. December 1898.

Die Geburt eines Sohnes zeigen an
F. Wittern und Frau.

Elsie, geb. Schönsfeld.

Durch die glückliche Geburt einer gesunden kräftigen Tochter wurden hocherfreut
F. Groth und Frau.

Die Geburt eines Mädchens zeigen an
Fr. Aepfler und Frau.

Durch die Geburt einer Tochter wurden hocherfreut
C. Bruhns und Frau,

geb. Hochbarth.

Heute entschlief nach schweren Leiden unsere liebe
Elsa

im Alter von 1 Jahr und 11 Monaten.

Die betroffenen von
A. Thien und Frau, geb. Glaser,
und Verwandten.

Allen Freunden und Verwandten die traurige Nachricht, daß gestern Abend 7½ Uhr uns unser liebster Sohn **Georg** im Alter von 5 Wochen durch den Tod entzissen wurde.

L. Saueracker und Frau.

Dank.

Jetzt 50 Jahre alt, litt ich seit etwa 6 Jahren an Kopfschmerzen. Die Anfälle mit heftigen Schmerzen im Genick, Oberkopf, Stirn, Schläfen, Nasenbahn, hochgradige Kopfschmerzen und qualvollem Erbrechen traten zuweilen alle Woche oder bei jeder Erregung ein und dauerten, namentlich, wenn einseitig, 1 bis 2 Tage lang. Der Kopf war stets wüst und eingenommen und es trat noch ein Halsleiden hinzu, das bei jeder kleinen Erholung sich verschlimmerte und jeder Behandlung trotzte. Ich wandte mich auf Empfehlung an Herrn **G. Fuchs**, Berlin, Leipzigerstrasse 134, I., nachdem alle Heilsver suchen vergeblich gewesen. In kurzer Zeit besserte sich das Kopfleiden und damit auch das Halsleiden und jetzt kann auch ich für gänzliche Heilung meinen innigsten Dank aussprechen.

R. Funk, Seipenstraße.

Billig zu vermieten ein Prinzen-Mädchenanzug, ein Prinzen-Mädchenanzug, zwei leidende Damen-Mädchenanzüge Moislinger Allee 64, 1. Et.

Zu vermieten
2 sanbere Stoffe Damenmädchenanzüge Preis 3 und 4 Mt. Untertasse 10, 2. Et.

Barbier-Lehrling.

Trossin, Mühlenstraße 52.

Gesucht für meine Bädererei und Conditorei einen Lehrling.

F. Liefhold, Lübeck, Mühlenstraße 30.

Nebenverdienst

bis 300 Mt. pro Monat bietet sich Leuten, welche sich beschäftigen wollen. Angebote unter Cifre **L 3828** an die Annenexpedition G. L. Daube & Co., Leipzig.

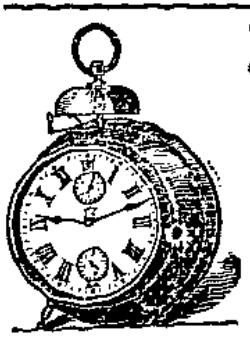
Heinr. Schultz

Uhrmacher ob. Johannisstrasse 3.

Verkauf u. Reparatur aller Arten Uhren u. Goldwaren zu billigen Preisen unter mehrj. Garantie.

Gedrechsleben Mt. 1,50

Uhrgläser, 1. Qualität, Mt. 0,30.



"**Mohame Sans-Gêne**" gelangt am Mittwoch wiederum zur Aufführung. Am 10. Februar findet das "Venedig für Herren Capellmeister C. Ohnsorg statt. Nur Aufführung gelangt zum ersten Male in dieser Saison Wagner's "Lohengrin". Herr Ohnsorg hat sich während der kurzen Zeit seines Diensteins als ein feinsinniger Interpret der Opern gezeigt, daß wir ihm zu seinem Dienst ein volles Haus wünschen.

Nach Besetzung der Weber Bassen, Krohnen, Horster und Kopp wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

"Die heute in der Centralhalle stattfindende Versammlung von 1800 Gewerkschaftern beschließt: 1) Da die Fabrikanten Streikenden auch nur als geschlossenes Ganze mit den Arbeitnehmern in Unterhandlung treten. Die Versammlung verurteilt es aufs Entchiedenste, daß einzelne Verbände mit den Fabrikanten verhandeln, weil die derart geschaffene Deputation für die Gewaltigkeit der Streikenden in keiner Weise verbindlich sind. 2) Sie beantragt deshalb die Ausschüsse der im Streik befindlichen Fabriken, aus ihrer Mitte eine Kommission zu wählen, welche eventuell mit den Fabrikanten in Verhandlung treten kann. 3) Die Kommission ist so zu gestalten, daß die in Betracht kommenden Verbände mit einem Drittel daran beteiligt sind."

Im Anschluß an diese Versammlung der Streikenden Gewerkschafter fand eine Sitzung der Ausschüsse der im Streik befindenden Fabriken statt, um gewisse Absichten von der Ausschiffung der Streikenden auszutauschen, welche Mitglieder der drei Verbände umfassen würden, mit den Fabrikanten in Unterhandlung treten und zu machen.

Bringe hiermit mein Genossenschafts-Brot und Fleischbrot - Handlung in freundliche Erinnerung.

A. Schwarz, Kleine Petersgrube 11.

Soziales und Partei-Leben.

Zum Kreisler Webestreit wird uns noch geschrieben: Am Mittwoch Abend wurde in einer Versammlung des christlichen Verbandes beschlossen, für die ersten Tage von Verhandlungen abzusehen, sollten die Fabrikanten aber nicht zu Verhandlungen sich herablassen, dann soll das Gewerbege richt, eventuell der Regierungspräsident oder Einigungsrat angerufen werden. Wie heraus zu erscheinen ist, wollten die Christlichen auch fernerhin die Verhandlungen mit den Fabrikanten einzufügen für den christlichen Verband führen. Die Ausschüsse der christlichen Fabriken sahen sich deshalb veranlaßt, hiergegen Einigung zu nehmen, und fanden deshalb einen Tag vor dem öffentlichen Verhandlung der streikenden Weber statt.

Wir empfehlen allen Genossen das Abonnement auf die ausgezeichnete illustrierte Wochenschrift

"In freien Stunden"

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

wovon soeben der 3. Jahrgang begonnen hat.

Jede Woche erscheint ein Heft à 10 Pf.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Bestellungen nehmen unsere Colporteurs sowie Zeitungsanträgerinnen entgegen.

Der neu gewählte Reichstag ist zusammengetreten

und ist es für jeden Leser der Berichte sehr wichtig, von den einzelnen Rednern zu wissen, welcher Partei und welchem Berufe dieselben angehören, welchen Wahlkreis sie vertreten, wie lange schon im Reichstag sitzen.

Dieses Alles nebst Abbildung der Abgeordneten ist in Joseph Klirschner's

Der neue Reichstag

enthaltend und sehr zu empfehlen. Preis 50 Pf.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Lunge u. Hals

Kräuter-Thee, Russ. Knöterich (*Polygonum avicinum*) ist ein vorzügliches Heilmittel bei allen Erkrankungen d. Luftwegs. Dieses durch seine wirkenden Eigenschaften bekannte Kraut gedeihlt in einzelnen Districten Russlands, wo es eine Höhe bis zu 1 Mr. erreicht, nicht zuvorwohnen m. d. in Deutschland wachsenden Knöterich. Wer daher an Phthisis, Luftröhrenkatarrh, Lungenepilepsie-Affectionen, Keilkopfleiden, Asthma, Athmomath, Brusthautkrankheiten, Husten, Halskatarrh, Blutkater, Blutkuren, etc. etc. leidet, namentl. aber derjenige, welch. d. Klein z. Lungenepilepsie nicht in sich vermutet, vorlängig u. bereits schon d. Abzug dieses Kräuterthee, welch. selt in Packen à 1 Mark b. Erwerb Wedemann, Liebenburg u. Harn, erhältlich ist. Brokturen m. Urteil. Auskünfte u. Attester gratis.

visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton per 100 Stück von 1 Mk. zugesandt prompt und sauber

Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Dem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend hiermit zur Nachricht, daß ich das von meinem verstorbenen Manne unter der Firma

Heinr. Kuhlmann

gesetzte

Producten-Geschäft

von meinem Sohne in bisheriger Weise weitergeführt wird. Zudem ich für bisheriges Wohlwollen bestens dankt, bitte ich, mir dasselbe auch zukünftig zu erhalten.

Louise Kuhlmann Wwe.

Ihren reinigen 1,50, Gedern einschen 1,50, 1 Jahr Garantie, Uhrgläser 1. Dual. 0,30.

Aug. Büttner,

Uhrmacher, Hütstraße 32.

Stein-Verkauf

von sämtlichen Spirituosen. Grönforder Allee, Ecke Kahlhorststr.

J. C. Müller.

Arbeiter-

Turn-

Verein.

Die Mitglieder-Versammlung findet nicht am 8., sondern am 15. Febr. statt. Der Vorstand.

Einladung zum

= BAL =

der

Meiners'schen Fuhrrente

am Dienstag den 7. Februar

im Vokale des Herrn J. Dürkop,

Central-Hallen.

Eintritt 1 Mark.

Loslösung 7½ Uhr. Ende Morgens

Der Vorstand.

Frage Euren Arzt nach

Circus Variété

Dort lacht man sich gesund!!

Heute:

3. Carnevals-Abend.

Das Tollste vom Tollten.

Lübeck in Kiautschou.

Dazu:

Gäumtl. origin. Spezialitäten.

Das Non plus ultra der Dresdner:

Mad. Westons dressirte Seehunde.

Kommen, sehen:

Lachen und immer wieder lachen!

Auf d. Carnevals-Musik 7 Uhr 26½ Min.

Billets bis 6 Uhr im Vorverkauf bei

Herren Sager und Vorher t ermäß.

Stadttheater in Lübeck.

Dienstag den 7. Februar.

Königskinder.

Märchen in 3 Akten von Rosmer.

Musik von Humperdinck.

Mittwoch den 8. Februar.

Madame Sans-Gêne.

Einakter in 4 Akten von G. Gardou.

Zwiebelleberwurst, per Pf. 80 Pf. Leberwurst, per Pf. 60 Pf. Sülze, per Pf. 60 Pf. Margarine, per Pf. 50, 2 Pf. 90 Pf. dito per Pf. 60, 2 Pf. 1,10 Mt. empfiehlt in reeller Ware

E. Möhl, Hegidienstraße 8.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch. Verleger: Theob. Schwarz. — Druck von Friedr. Meier & Co. — Sämtliche in Lübeck.

englischen Staatschulden um 8 Prozent, diesenigen der Vereinigten Staaten um 13 Prozent vermindert. Dieser Gegensatz, sagt May, redet eine deutsche Sprache, man möchte sagen, eine Militärsprache.

Soziales und Partei-Leben.

Zur Bäckerbewegung in Berlin. Über 500 Bäckergesellen waren Mittwoch Nachmittag im „Krempalast“ versammelt. Die Gesellen berichteten über die Unterhandlungen mit den Innungen. Bekannt ist, daß die Meister einige Forderungen anerkennen, andere hingegen ablehnen. Die Bäckerarbeiter sind aber mit den Erklärungen der Meister nicht zufrieden und gaben dies durch folgende, einstimmig angenommene Resolution zu erkennen: „Die Versammlung erachtet die Zugeständnisse, welche der Innungsvorstand gemacht hat, für geeignet, die Forderungen der Bäckerarbeiter historisch zu machen. Die Altgesellen werden angewiesen, nur die aufgestellten Forderungen vor der Innung zu vertreten. Die Bäckerarbeiter sind entschlossen, ihre Forderungen mit Nachdruck zu vertreten.“

Einen städtischen Arbeitsnachweis will Schönenberg bei Berlin einrichten. Der Magistrat hat bereits der dortigen Stadtverordnetenversammlung eine diesbezügliche Vorlage gemacht.

Magdeburger Anstz. Das Schöffengericht verurteilte sechs Genossen, die während der Reichstagswahlzeit Plakate mit der Aufschrift „Wählt Pfannschlach“, ohne polizeiliche Erlaubnis angeklebt oder herumgetragen hatten, zu Strafen von 9, 6 und 3 Mark.

Zürich. Nachdem die Unterhandlungen fehlgeschlagen, sind Freitag über 800 Arbeiter der Firma für elektrische Anlagen Brown, Boveri u. Comp. in Baden (Argaz) in Aussicht getreten.

In Dänemark steht ein Buchbinderverband bevor. Der Buchbinderverband fordert Lohn erhöhung und 9ständigen Arbeitstag für Kopenhagen, für die Provinzen eine geringere Lohn erhöhung. Es soll wenig Aussicht vorhanden sein, daß die Differenzen beseitigt werden. — Zugang ist zu vermeiden!

In Barcelona ist, einer Madrider Nachricht der „Königl. Zeit.“ zufolge ein Kutschherrenstand ausgebrochen, dem sich nun auch die Stellmacher, Gattler usw. angeschlossen haben.

Als Material zur Buchhansvorlage veröffentlicht das „Offenb. Abendbl.“ nachstehendes Circular, das ihm auf den Sebastianstisch flog:

Gesamtverband deutscher Metall-Industrieller.

(Varean: SO, Wörther Ufer 9.)

Berlin, den 18. Dezember 1898.

Maudschreiben Nr. 12 pro 1898.

Infolge einer aus dem Verbande Berliner Metallindustrieller zugegangenen Mitteilung nehmen wir Bezeichnung, unserer Mitglieder hierdurch vor der Einführung des Formers „A. B. . . .“, geb. am 17. Mai 1859 zu G. . . . zu warnen, und empfehlen für etwa gewünschte nähere Auskunft in dieser Angelegenheit den direkten Verlehr mit genanntem Verbande (Berlin N., Gartenstraße 160).

Hochachtungsvoll

Gesamtverband deutscher Metallindustrieller.

Der Vorsitzende: Lehmann.

Kommentar überflüssig!

Einer Mächtigstellung bedarf die mitgetheilte, der Frankfurter „Volksstimme“ entnommene Notiz: „Das Fiasko der Frankfurter Polizei.“ Die von der Polizei gegen die Zahlstelle des Verbandes nicht-gewerblicher Arbeiter eingelerte Aktion hat mit seinem vollständigen Fiasko für dieselbe geendet, sondern ist vielmehr von Erfolg gewesen. Das Schöffengericht erachtete es für bewiesen, daß sich die Zahlstelle „mit politischen Angelegenheiten beschäftigt“ hat und verurteilte demgemäß die drei angeklagten Vollmächtigen zu je 30 Pf. Geldstrafe und die Kosten des Verfahrens. Dagegen wurden die drei Angeklagten wegen Nichtbekanntgabe der Mitgliederlisten an die Polizei frei gesprochen, resp. freie die polizeilichen Strafmaßnahmen

die Mutter war nicht erschienen, sondern mit Schreiben in ihrem Zimmer beschäftigt — während sie noch bei Tische saßen, ohne freilich viel genühen zu können in ihrer Herzengang, wurde draußen stark, ungeduldig geklingelt. In der ausgeregten Stimmung, in welcher sie sich heute befanden, dünkte den armen Mädchen jedes Glöckchenzeichen, jeder nahende Tritt als ein Signal für eine neue Schreckensbotschaft. Sie waren aufgesprungen und hatten erschrocken Messer und Gabel bei Seite geschoben, als sich die Thür öffnete und mit kurzem, rauhem Gruss der Major v. Mitzell auf der Schwelle erschien.

„Wo ist Eure Mutter? Ich muß sie sofort sprechen!“

„Mama hat sich in ihrem Zimmer eingeschlossen — ein wichtiger Brief...“

„Hm! War Bodo heute schon hier?“

„Ja!“

„Ist die Mutter mit ihm fortgewesen?“

„Ja!“

„Aha! Dacht' ich mir's doch!“

Ein Schlüssel schnappte mit leichtem Knack zurück und Frau von Leyen öffnete halb die Thür ihres Zimmers.

„Sie haben mit mir zu reden, Major — bitte, kommen Sie herein!“

Ohne die jungen Damen noch eines Blickes zu würdigen, stampfte er eifrig quer durch das Zimmer und verschwand im Nebengemache.

Und gleich darauf vernahmen die Schwestern von drinnen die mühsam gedämpfte, zornige Stimme des alten Muz und das Aufschluchzen der Mutter. Ihre schlimme Ahnung hatte sie also nicht getrogen; das Ungewitter, das Jahre gebraucht hatte, um sich über ihren Häuptern zusammenzuziehen, sollte sich an diesem Unglücksstage Schlag auf Schlag entladen.

von je 15 Pf. aufgehoben. Auch die vom Stadtkommandant beauftragte Schließung der Zahlstelle wurde vom Gericht abgelehnt. Es wäre wohl auch wegen der angeblichen Behandlung politischer Angelegenheiten Freisprechung erfolgt, wenn nicht verschiedene Besammlungen als „öffentliche Mitgliederversammlungen“ politisch angemeldet worden wären. Daß die Zahlstelle in ihren Mitgliederversammlungen Politik getrieben habe, dafür konnte von der Polizei kein Beweis erbracht werden. Die unrichtige Mittheilung über die Verhandlung ist durch Unausweichlichkeit eines Gelegenheitsberichterstatters entstanden.

Die Planlosigkeit der heutigen Produktionsweise mit ihren traurigen Folgen wird wieder hell beleuchtet durch folgende Notiz der „Neuen Ztg.“:

„Die Mutter in der sozialistischen Loge zu Hanau ist besonders im Bezug Gewerkschaftsverband zu geschäftlichen Notwendigkeiten geblieben. Seit dem 1. Januar sind dort nicht weniger als 30.000 Spindeln zum Stillstand geblieben. Ursache dieser Krise ist die planlose Produktion. Selbst als sich vor einem Jahre bereits die Werkstätte herancomenden Geschäftsrückgang zeigte, wurde ein von der Angestelltenunion verfasster Antrag auf Produktionserhöhung abgewiesen. Jetzt haben Unternehmer und nicht zuletzt auch die Arbeitgeber Folgen zu tragen.“

Wie kommt es? Die Arbeitnehmer bringen die Folgen der Krise und hungern; die Unternehmer, wenn sie auch eine Zeit lang den gleichen Profit müssen müssen, haben doch ihr Schäfchen n's Trostine gebracht.

Aus Nah und Fern.

kleine Chronik. Feuerbestattung. Zu keinem Zeit in Deutschland bestehenden vier Krematoriums überbrunnen sind im verflossenen Jahre 403 Leichen eingebracht worden, in Gotha 179, in Heidelberg 105, in Hamburg 98, in Bonn 21. Geplant wird die Errichtung eines Krematoriums in Apolda. Sollte dieses Vorhaben ausgeführt werden, so würde Thüringen drei Krematorien besitzen. —

Erhoffen mit heimem Feuerwehr hat sich nach der „Viel. Ztg.“ der Minister Schönenberg an, der aus Lehe stammt, vom 61. Infanterie-Regiment in Thorn. Ein Marsch und Selbstmord wurde Mittwoch Abend in Stettin verübt. Eine gewisse Anna Thiel aus Stettin erlitt in ihrem Brüderhaus Johann Falsta und davon sich selbst in dessen Wohnung. Über die näheren Umstände, die zu der blutigen That Veranlassung gegeben haben, war Sicherheit nicht festzustellen. Wie es heißt, soll Falsta sich geweigert haben, das der Anna Thiel gegebene Ehversprechen zu halten. — Durch enges Schützen verunsicherte in Recklinghausen junger, gründes Mädchen beim Tanz. Es stürzte plötzlich nieder, machte ohnmächtig davongetragen werden und hat seitdem die Sprache verloren. — Nach einem Streit mit ihrem Mann überquoll sich in Neubüttel eine Frau mit Petroleum und zündete dies an. Sie wurde scheinlich verbrennt und starb bald daran. —

Ein Elberfelder schoß sich ein fremder Mann an, während er in der Fabrikarbeiter saß, zwei Sängern in den Kopf. Der Tod trat sofort ein. Motiv unbekannt. — Als Ursache für den Selbstmord des Oberleutnants von Wendell von den Oberpostaffassen wird von der „Neuen Ztg.“ übertriebene Geschäft angegeben. — Ein ergötzliches Gesicht erzählt man sich in engen Kreisen von dem Director des anatomischen Museums der Königlichen Akademie zu München, Professor L. Gehalt der Geschichte da dieser Tage einen Brief aus Görlitz, worin ihm zwei junge Leute — die sich einer ladellosen Unzucht erfreuen — ihrem Körper für die Anatome verkaufen wollen. Kurzer Hand schrieb er den Burschen zurück: „Ich bin geruhet, Sie anzulaufen. Bestimmen Sie nur den Tag, wann Sie abgeschlachtet werden wollen!“ Eine Antwort auf diesen Befehl hat der Herr Professor aber nicht erhalten. — In Wolfsburg bei Wieden verschwand vor 20 Jahren ein weiblicher Dienst, die beim Bauer Trinkaus gegen Lebrente in Verpflegung stand. Trinkaus und seine zwei Söhne wurden damals wegen Mordes verurteilt. Der Vater starb im Gefängnis. Vermisch ist nun in Bayern ein weiblicher Dienst aufgetaucht, der nach seinen halbverständigen Bekennungen aus Wolfsburg zu kommen scheint. Die Söhne Trinkaus', die gleich dem Vater immer ihre Unschuld behaupten, verlangen jetzt Wiederaufnahme des Verfahrens. Nun soll dennächst die Idiotin aus Bayern nach Wolfsburg gebracht werden, damit man beobachten könne, ob sie sich dort in letzter Zeit beim Schuh fühle. Im Wiederaufnahme-Verfahren wurde der verbrauchte Braumeister Linde von Zillersdorf, der im Jahre 1894 wegen Untreue und Unterschlagung zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden und diese Strafe auch verbüßt hat, vom Ulmer Gericht freigesprochen. — Der deutsche Hochstädter Bürgermeister, der am 16. Januar den höchsten Hochstädter Ehrenhut durch einen Revolverschuß tödlich verwundet wurde vom Landesgericht in Prag wegen Vergehn gegen die Sicherheit des Lebens zu 3 Monaten strengem Arrest verurtheilt. —

„Ah, Alte, ich ertrage es nicht länger,“ schluchzte Trudi auf, „nicht wahr, du bist mir nicht böse, wenn ich dich verlässe — wenn ich mich zu meinem Hans flüchte?“ Und sie drückte ihr Täschlein gegen die überquellenden Augen und ging.

„Du Glückliche!“ flüsterte Alte hinter ihr drey. Sie rief dem Mädchen, daß es rasch den Tisch abräumen möge und warf sich dann im Schlafzimmer, das hinter dem Empfänger genannten Berliner Zimmer nach dem Hause hinans lag, halbentkleid auf ihr Bett; denn der Tag war heiß und schwül und ihr Kopf schmerzte sie zum Zerspringen. —

Im Wohnzimmer, daß nach der Straße hinaus lag, waren gegen die hengenden Strahlen der Mittagssonne die Jalousien herabgelassen. Es war dunkel im Zimmer, aber doch heiß und dumpf. Die Exzellenz saß an ihrem Schreibtisch, das Haar immer noch in Aufrichtung wie vorhin, und sie starnte mit verweinten Augen auf den halb beschriebenen Briefbogen hin, auf welchem sie bis jetzt vergebens ver sucht hatte, Bodo von der plötzlich veränderten Lage der Dinge in Kenntnis zu setzen und ihm die Auszahlung des erhaltenen Geldes zu verbieten.

Und der Major ging immer noch mit schweren Schritten hin und her, trocknete sich die Perlen mit einem bunten seidenen Tuche von der Stirn und suchte sich Lust zu schaffen, indem er mit dem Zeigefinger zwischen Kragen und Hals herumfuhr.

Sie hatte ihm alles erzählen müssen, die alte Freundin, wie es Bodo gelungen war, sie zum Erenbruch an dem leichten Willen ihres Gatten zu überreden, und wie sie bei ihrer Rückkehr die Töchter im Besitz des so lange sorgsam gehüteten Geheimnisses gefunden habe.

(Fortsetzung folgt.)

Durch einen Tiger schwer verletzt wurde zu Budweis in einer Menagerie ein Unteroffizier. Dersele kam dem Tierfaß zu nahe und wurde von einem Tiger gestochen. Der Barier „Bolin“ bringt einen Sensationsartikel über die widerrechtliche, grausame Behandlung, die der Prinzessin Louise von Sachsen in verschiedenen Anstalten, in die man sie als angeblich geisteskrank gebracht habe, zu Thess geworden sei. Das Schauspiel ist des 15. November in Marburg verurtheilte den Soldaten Ulrich, der am 30. Oktober vor Jahren in Rizza seine Geliebte auf offener Straße mit dem Seitenkeule tödlich geschlagen hat, zu nur 5 Jahren Gefängnis. Die Justiz fordert in Südniedersachsen viele Tiere, daß die Käfige infolge Überanstrengung und Erkrankung schwer zusammenbrechen und auch die Viehverbauer nicht mehr wissen, wie sie die Kühe bewältigen sollen. Da die klimatischen Verhältnisse im Osthafen der Entwicklung der Käfigen entgegenstehen, so ist die Käfige sehr gefährlich. Tiere verlieren die Fähigkeit, sich täglich auf großes bis fünfzehn Kilometer zu bewegen, und die Zahl der Todesfälle beläuft sich täglich auf großes bis fünfzehn. Man lädt die Zahl der Käfigverkäufer in der Stadt auf mindestens 50.000. Die Freude wird in den Ballästen des Reichs aus großer Freude über die Entfernung der Käfige aus einer sehr aufwartenbaren Branche. Die kleine Dame stammt aus einer sehr aufwartenbaren Familie. Die „A. Z.“ erhält einen Bericht aus England über China, wonach dort ein Pulvermagazin in die Luft gesprengt und 2000 bis 3000 Menschen umgekommen sein sollen. Von dem in der Nähe des Magazins befindlichen Zollatelier von 1899 Mann steht einem General in Uniform mit dem Leben davon davon. Im Untere von drei Kompanien sind sämtliche Männer getötet und die beiden Gelehrten zu Kompanien getötet worden. Unter den Getöteten befindet sich kein Ausländer. Die Ursache der Explosion, sowie die genaue Zahl der umgekommenen werden sich niemals feststellen lassen.

Deutsche Justiz gegen Unternehmer. Die Beschäftigung von Kindern in den zeitigen Alter nimmt bei den ostpreußischen Landwirten fortgesetzt zu. Angeblich aus Mongolien aufziehenden Arbeiterschaften beschäftigte der Besitzer Wartshaus in Schlechthin auf seiner Weide den neuen jährigen Jungen Ernährung. Das Kind wurde hauptsächlich als Hütejunge, vorwiegendensfalls auch beim Hühnerzüchten und Dreiecken zum Antreiben der Pferde beschäftigt. Die Pferde mußte er von einem über dem verstellten Blätterwerk befindlichen Stock aus antreiben. Im September vorigen Jahres fiel das Kind dann auch in die Maschine, wobei ihm ein Stein am Knie abgeschlagen wurde. Der ärztlichen Kunst gelang es wohl, den armen Jungen am Leben zu erhalten, doch ist er ein Krippe, der sich mit Hülfe zweier Krücken nur mühsam vorwärts bewegen kann. Wegen häufiger Körperverletzung stand dieser Jungen der Besitzer vor der Tafel sitter Strafommer als Angeklagter. Es wurde in der Verhandlung festgestellt, daß es der Mann nicht einmal für nötig gehalten hatte, das Kind auf die bei der Arbeit vorhandene Gefahr ausmerksam zu machen. Das Gericht verurteilte ihn zu 20 Mark Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis!

Wollte die englischen Offiziere nicht verantwortlich sind. Jedes Jahr, um dritten Dienstag des Januar, kann man in den englischen Kasernen eine eigenartige Zeremonie beobachten. Gegen Mittag begibt sich ein Hauptmann vor das Thor einer jeden Kasernen, von Trommlern und Trompetern begleitet, die so lange trommeln und blasen, bis eine große Volksmenge versammelt ist. Dann verliest der Hauptmann eine von dem kommandirenden General des Regiments unterzeichnete Nachricht, laut welcher die Offiziere nicht verantwortlich sind für die von den Unteroffizieren und Soldaten gemachten Schulden. Das Volk wird aufgefordert, dem gemeinen Soldaten nicht mehr zu borgen, als er von seinem Solde bezahlen kann. Diese alte Sitte ist auch in diesem Jahre in allen Kasernen Englands wiederholt worden.

Shakespeare in Nugen. Seit Jahren lobt unter den Gelehrten die Frage, ob William Shakespeare wirklich gelebt hat oder ob Lord Bacon der Verfasser der klassischen Dramen ist. Das kindliche Wohl eines ungarnischen Theaters-Diktors hat die Frage überraschend zur Lösung gebracht. In der Biharer Gemeinde Zille, so meldet die „N. Fr. Pr.“ bereitete der Theater-Diktator Zille Breyer ein Sensationss-Spektakel vor, er kündigte auf dem Theaterzettel an, daß der Aufführung von „Romeo und Julia“, „seufzende, weberberühmte Elegie in 5 Aufzügen mit Gesang, Tanz und bengischer Beleuchtung von William Shakespeare“ — der Autor selbst bewohnen würde!

Noblesse oblige! Die „Deutsche Tageszeitung“ erwähnt auch die von uns früher wiederholt unterstürzten Klagen der Handelsgrüter, die sich dadurch mit Recht beschwert fühlen, daß fürstliche Gartenviertel der Portofreiheit zu geschäftlichen Zwecken ausgenommen, indem sie ihre Preisvergleichsrechte bzw. städtische Angelegenheiten portofrei versenden. Das Blatt erinnert die betreffenden Gartenviertel, auf die Ausübung der Portofreiheit zu geschäftlichen Zwecken freiwillig zu verzichten. Ganz dagegen ist ein solcher Appell nichts genutzt, er wird wahrscheinlich auch in Blanke Unbedacht bleiben.

Literarisches.

W. Liebnecht: Die Emser Depesche oder W. Kriege gemacht werden ist soeben in siebenter, bedeutend vermehrter Auflage erschienen. Diese Neuauflage enthält einen besonderen Nachtrag, bestehend: Die Emser Depesche und „Bismarcknacht“, in dem der Verfasser eifrigst los die Veröffentlichungen des Busch, sowie „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen“ einer eingehenden Kritik unterzieht. Die 7½ Bogenseite ist durch alle Buchhandlungen und Galerieure im Preis von 25 Pf. zu bezahlen.